

# BLIKKWINKEL

Der gesundheitspolitische Check-Up des IKK e.V.

25. März 2022  
1/2022



## Editorial

Von Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.  
und Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gab Zeiten, da schienen Auseinandersetzungen über Krieg und Frieden in Europa allenfalls Inhalt von Büchern oder geschichtsstündlicher Debatten zu sein. Seit nunmehr über einem Monat gehören diese Zeiten der Vergangenheit an. Der russisch-ukrainische Krieg ist nicht fern. Seine Auswirkungen betreffen auch uns. Viele Bürgerinnen und Bürger, viele (Handwerks-)Betriebe packen unbürokratisch an und helfen. Solidarität wird in diesen Tagen groß geschrieben. Zu hoffen bleibt, dass dieses Für- und Miteinander erhalten bleibt – auch dann, wenn der Krieg auch Folgen für unsere Geldbörsen hat. Die Politik versucht die Auswirkungen auf die Gesellschaft z. B. durch die steigenden Gaspreise klein zu halten. Dies und die Aufwendungen für die bessere Ausrüstung der Bundeswehr und die Versorgung der Kriegsflüchtlinge wird (Steuer-)Geld kosten, das an andere Stelle fehlen wird. Viele befürchten Einschnitte im sozialen Bereich, bei der Bildung und bei der Gesundheit. Soweit darf es nicht kommen.

Das Vertrauen darauf, dass die Zusagen des Koalitionsvertrages zur Verbesserung der Finanzlage der Kassen schnell umgesetzt werden, schwindet. Dass der jetzt bekannt gewordene Gesetzentwurf hastig wieder zurückgezogen wurde, irritiert. Denn die Sozialsysteme brauchen gerade jetzt eine klare finanzielle Perspektive, damit sie ihren Beitrag zur Bewältigung der Krisen leisten können.

Der jetzt erst einmal auf Eis gelegte Vorstoß, wie das für 2023 errechnete Defizit von 17 Mrd. € ausgeglichen werden könnte,

lässt tief in die finanzpolitischen Zwänge blicken: einmalige Erhöhung des Bundeszuschusses um 5 Mrd. €, dafür aber z. B. keine Anpassung der Beiträge für ALG II-Beziehende. Das sind nicht die Signale, die die GKV braucht. Stattdessen ein beschleunigter Abbau von Finanzreserven bei den Kassen. Das ist keine dauerhafte Lösung. Es scheint, als ob die Versicherten und Arbeitgeber herangezogen werden sollen, um das Defizit, das sich auch aus den Aufgabenverlagerungen von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auf die GKV und dem Rückzug von Bund und Ländern aus Finanzierungspflichten ergibt, auszugleichen.

Eine nachhaltige Finanzperspektive sieht anders aus. Doch ist eine stabile und gerechte Finanzierungsbasis nun einmal das Fundament für eine erfolgreiche, medizinisch hochwertige und solidarische Krankenversicherung. Um einen drastischen Anstieg der Zusatzbeitragssätze zu verhindern, muss der Staat seiner Verantwortung gerecht nachkommen und kurzfristig für Planungssicherheit sorgen.

Herzlichst

### Inhalt:

Nachhaltige Finanzierung der GKV | Hickhack um GKV-FinStG | Schwerpunkt: Digitalisierung im Gesundheitswesen | 25. Plattform Gesundheit | GKV-Welt in Zahlen | Was wir sagen | Impressum

## Meine Sicht

Jürgen Hohnl  
Geschäftsführer IKK e.V.

Es knirscht im Gebälk der Ampelkoalition. Zu Beginn der 11. Kalenderwoche lag ein Referentenentwurf eines GKV-Finanzstrukturgesetzes (GKV-FinStG) auf den Tischen. Tags darauf nahm man zur Kenntnis, dass es den eigentlich nicht gibt. Oder vielmehr: Wenn es ihn gäbe, dann sei er in den Untiefen des BMGs entstanden. Dabei war sich der Gesundheitsminister seiner Sache noch sicher, als er bei der Veranstaltung „GKV NOW“ ankündigte, kurzfristig einen Vorschlag zu machen, wie das erwartete Defizit in Höhe von 17 Mrd. € verteilt werden soll. Tja. Da hat er wohl

nicht mit dem Bundesfinanzminister gerechnet, der sich auf die genannte Erhöhung des Bundeszuschusses um 5 Mrd. € nicht festlegen lassen, sondern erst einmal den Schätzerkreis abwarten will, dem sein Ministerium ab jetzt angehören soll. Doch zum Kern: Die Sicherstellung der Finanzierung der GKV muss eines der prioritären Ziele der aktuellen Gesundheitspolitik sein. Die Kosten, die sich auch aus den Gesetzesmaßnahmen der vergangenen Legislaturperiode ergeben, werden zusammen mit den unklaren Belastungen durch den Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie die GKV vor erhebliche Finanzierungsprobleme stellen. Wenn nicht

gegensteuert wird, dann ist ein Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes nicht zu verhindern! Statt also erneut die Belastungen an die Kassen, ihre Versicherten und Arbeitgeber, weiter zu reichen, sollte die Bundesregierung zumindest bei den im nun zurückgezogenen Referentenentwurf beschriebenen Maßnahmen zur Bezahlbarkeit der Arzneimittelversorgung bleiben und weitere konstruktive Maßnahmen für eine langfristige Finanzierungsbasis schaffen. Das Thema ist zu wichtig und zu drängend, als dass es im irritierenden Hickhack zwischen den Ministerien zum Stillstand kommen darf.

## Digitalisierung zielgerichtet vorantreiben

Wenn es um die Digitalisierung des Gesundheitswesens geht, ist Deutschland bisher nicht besonders gut aufgestellt. Laut einer aktuell veröffentlichten Studie des Faunhofer-Instituts für System-Innovationsforschung (ISI) fiel Deutschland nach vielversprechenden Anfängen seit der Jahrtausendwende immer weiter zurück. Etliche internationale Studien weisen auf, dass Deutschland im europäischen Vergleich eher zu den Schlusslichtern in Bezug auf die Digitalisierung im Gesundheitswesen zählt. **Stefan Schellberg**, CDO der IKK classic, erläutert, welche Schwerpunkte aktuell im digitalen Gesundheitswesen hierzulande gesetzt sind und wo die Chance sowie Herausforderungen liegen.



Welche Bedeutung die Digitalisierung im Alltag gewonnen hat, wurde nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie deutlich, in der durch die technischen Möglichkeiten ganze Arbeitswelten komplett ins häusliche Umfeld der MitarbeiterInnen verlegt wurden. Bereits zuvor hat der technische Fortschritt die

gewohnten Prozesse gravierend verändert.

Im Gesundheitswesen - wie in allen anderen Branchen - werden die Prozesse stetig optimiert, dabei steht die Kundenzentrierung im Mittelpunkt, auch der Gesetzgeber hat in der vergangenen Legislaturperiode rechtliche Strukturen geschaffen, die die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen, mit dem Ergebnis, dass z. B. mit der elektronischen Patientenakte (ePA) und den digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA's), wesentliche Formate durch die Krankenkassen gemeinsam mit den Leistungserbringern und neuen Playern in der Gesundheitsbranche etabliert wurden.

Mit dem in den nächsten Monaten kommenden und sich in der Erprobung befindlichen elektronischen Rezept und der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) folgen weitere digitale Produkte, die im Gesundheitswesen millionenfach zur Anwendung kommen. Ergänzt werden diese Produkte durch den Ausbau von Videosprechstunden und digitalen Angeboten der Krankenkassen. Wenn jedoch - wie in diesen Fällen - die GKV als Kostenträger fungiert, muss den Krankenkassen auch die Möglichkeit gegeben werden, ihre Handlungs- und Gestaltungskompetenzen innerhalb ihrer selbstverwalterischen Kernkompetenzen umzusetzen. Mit dieser digitalen Entwicklung folgt das Gesundheitswesen der gesellschaftlichen Ausrichtung, fördert die Transparenz für den Versicherten und führt zur Beschleunigung in der gesundheitlichen Versorgung. Durch die verantwortungsvolle und zielgerichtete Analyse von Daten kann die Forschung und damit die Qualität im Gesundheitswesen gestärkt werden.

Wir finden nun die technische Infrastruktur im Gesundheitswesen vor, die bereits seit Jahren gefordert wird. Jetzt gilt es, die digitalen Möglichkeiten so zu nutzen, dass der Versicherte dadurch einen Mehrwert erfährt.

Dazu ist es erforderlich, dass alle Beteiligten diese Nutzung unterstützen und bestehende Prozesse auf digitale Ergänzungen bzw. digitale Substitution überprüft werden, diese disruptive Wirkung der Digitalisierung ist ein wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Digitalisierung unseres Gesundheitswesens.

Eine grundsätzliche Verweigerungshaltung aus finanzieller, prozessualer oder politischer Intention heraus, wird auf Dauer nicht auszuhalten sein. Soweit jedoch die digitale Ausrichtung der Gesundheitsversorgung von einzelnen Anbietern ausgenutzt werden, um maximale Gewinne zu erzielen, ist dem eine klare Absage zu erteilen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass mit der Aufnahme digitaler Gesundheitsanwendungen („App auf Rezept“) in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen, einige Anwendungen eine Preissteigerung von mehreren 100 Prozent erfahren haben. Hier bedarf es einer deutlichen Regulatorik.

Nicht zu vergessen sind in diesem Kontext die Risiken und Abhängigkeiten, die die Digitalisierung mit sich bringt. So gilt dem Datenschutz eine besondere Aufmerksamkeit und es bedarf sicherer Zugangs- und Identifikationsprozesse, ohne dabei die Anwen­derfreundlichkeit und das Recht auf Selbstbestimmung der Versicherten zu ignorieren; einer Überregulierung schürt die Vorbehalte und stärkt den 2. Gesundheitsmarkt. Regulierung und Einflussnahme des Staates sind u. a. erforderlich, um Rechte zu schützen und die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Die Abhängigkeit von Lieferketten, die eine schnelle und ausreichende Versorgung der Versicherten mit der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) durch den Mangel an erforderlichen Halbleitern erschwert, bedarf z.B. einer solchen staatlichen Unterstützung, die Lieferzusagen werden mittlerweile nur noch für maximal drei Monate gegeben. Um die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu etablieren ist Transparenz für den Versicherten erforderlich, damit den digitalen Angeboten vertraut wird. Dieses Vertrauen wird gestärkt, wenn die Nutzungsmöglichkeiten ausgebaut, die Vernetzung sichergestellt und die Zugänge vereinfacht werden. Dabei schließen sich Datenschutz und digitale Gesundheitsversorgung nicht aus. Auch die Angebote der Innungskrankenkassen zur Steigerung der digitalen Gesundheitskompetenz ihrer Versicherten unterstützen dieses Ziel.

Es gilt: Die Digitalisierung im Gesundheitswesen muss im Interesse des Versicherten zielgerichtet vorangetrieben werden.

## Veranstungsrückblick: 25. Plattform Gesundheit



Zum Thema „Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ referierten und diskutierten auf der 25. Plattform Gesundheit am 23. März 2022 Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft und Gesundheitswesen sowie über 110 zugeschaltete Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das Fazit der Veranstaltung war, dass ein Paradigmenwechsel von einer institutionellen Sicht hin zu einer Patientenorientierung notwendig sei, um die Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen nachhaltig zu verbessern. Ziel müsse es sein, die vorhandenen Daten zu verknüpfen und auswertbar zu machen sowie zu ergänzen, um über eine Darstellung der reinen Ergebnisqualität hin zu einer patientenorientierten Qualitätsbericht-

erstattung zu kommen. Zudem müssten die patientenrelevanten Informationen auch in einer verbraucherfreundlichen Form, das bedeutet adressaten- und situationsgerecht aufbereitet, in einem niedrigschwelligen Kanal bereitgestellt werden. Einen ausführlichen Veranstaltungsrückblick, die Begrüßung unseres Vorstandsvorsitzenden Hans Peter Wollseifer sowie den Link zu unserem einführenden Trailer finden Sie hier: [www.ikkev.de/rueckblick-25-plattform-gesundheit](http://www.ikkev.de/rueckblick-25-plattform-gesundheit)

## Online-Rubrik GKV-Welt in Zahlen: Prävention und Pflege



Wussten Sie, dass als erstes Land weltweit Bayern am 26.08.1807 eine Impfpflicht eingeführt hat? Diese weiteren spannenden Zahlen und Fakten finden Sie in der überarbeiteten „[GKV in Zahlen Prävention](#)“.



Wussten Sie, dass zum Jahresende 2020 insgesamt 53.610 Frauen und Männer eine Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann absolvierten haben? Diese und weitere spannende Zahlen und Fakten finden Sie in der [überarbeiteten „GKV in Zahlen Pflege“](#).

## Was wir sagen...

Anhörung zur Einführung einer Impfpflicht und deren Umsetzung über die Krankenkassen – [Gemeinsame PM vom 21. März 2022](#)

Innungskrankenkassen fordern eine langfristige Finanzierungsbasis für die GKV – [PM vom 17. März 2022](#)

Innungskrankenkassen regen unbürokratische soziale Hilfe für ukrainische Flüchtende an – [PM vom 2. März 2022](#)

Aufklärung der Versicherten ja, Impfkontrolle nein – [Gemeinsame PM vom 15. Februar 2022](#)

IKK e.V.: Information und Beratung zur Covid-Impfung ja, aber keine Kontrollaufgaben bei den Kassen! – [PM vom 11. Februar 2022](#)



## Impressum

Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin, [info@ikkev.de](mailto:info@ikkev.de). Der IKK e.V. ist die gemeinsame Interessenvertretung von BIG direkt gesund, IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK gesund plus, IKK - Die Innovationskasse und IKK Südwest.

Redaktion: Iris Kampf (Pressesprecherin), Ann Hillig (Leiterin Politik & Gremien) | Verantwortlich: Jürgen Hohnl, Geschäftsführer

Sie können den BLIKKWINKEL jederzeit per [Mail](#), Telefon oder Fax wieder abbestellen (Tel. 030 202491-0; Fax 030 202491-50)